

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 80011

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 10. Februar 2016

Pressemitteilung „Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Vereinfachung für Jobcenter“

Anlässlich der von Bundesarbeitsministerin Nahles angekündigten sog. Rechtsvereinfachung im SGB II sorgt sich die Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag um den sozialen Frieden.

„Das dem Bundeskabinett vorliegende Änderungsgesetz läuft auf eine Verschärfung des Hartz-IV-Unrechts hinaus, das überwiegend vom Fordern geprägt ist und das Fördern immer mehr vernachlässigt. Angeblich sollen Rechtsvereinfachungen im SGB II auf den Weg gebracht werden. In Wirklichkeit aber geht es um eine ‚Effizienzsteigerung‘ der Jobcenter - erneut zu Lasten der Betroffenen“, so Uwe F. Lühr, Vorsitzender der Fraktion. Es soll zum Beispiel ein zweites Sanktionsregime ausgebaut werden - die Möglichkeit der Erstattungsansprüche der Jobcenter an Betroffene bei ‚sozialwidrigem‘ Verhalten: Betroffene sollen erhaltene Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen, wenn sie die Hilfebedürftigkeit angeblich aufrechterhalten oder nicht minimiert haben. Sie würden dadurch unter das karge Existenzminimum gedrückt.

Marika Jungblut, die stellvertretende Vorsitzende: „Auch nach dem Gesetz zur Rechtsvereinfachung bleibt Hartz IV das, was es ist: eine unzureichende Leistung, die das Existenzminimum unterschreitet und ein Instrument, das Druck auf die Menschen ausübt.

Die sozialpolitische Sprecherin, Helga Ebel weist daraufhin, dass die nun schon Jahre andauernde Diskussion um Veränderungen bei Hartz IV ohne die Betroffenen geführt wurden: „Die Wirtschaftslobby darf sich in Gesetzgebungsprozesse intensiv einmischen, die sozial Ausgegrenzten haben keine Chance“.

Fraktionsgeschäftsführer Harald Siepmann ergänzt: „Anstatt das Sanktionsregime zu perfektionieren sollte man es abschaffen. Stattdessen müsste sich das Jobcenter auf das Fördern konzentrieren, v.a. auf die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen.“ Eine Anfrage beim städteregionalen Jobcenter hatte erst kürzlich ergeben, dass innerhalb von neun Monaten 10.000 Leute in das SGB II gerutscht sind. Auch wenn viele wieder selbst einen Job finden, bleiben viele Leistungsberechtigte, die Hilfe und keinen zusätzlichen Druck benötigen.